

Unser Rezept für Frieden: Prävention

4.10.15 Workshop Griechenland-Krise ; 15 TeilnehmerInnen

Vortragende: Alexis Passadakis, ATTAC; Nadja Rakowitz, VDÄÄ

Passadakis (in Stichworten)

Was ist seit dem 25.1.15 in und um Griechenland geschehen?

- Vor Wahlsieg und Regierungsantritt von Syriza gab es einen Zyklus von gesellschaftlichen Protesten, Streiks u.v.m
- Die „Institutionen“ („Troika“) (EU-Kommission, Weltwährungsfonds, EZB betrieben danach eine verschärfte Verhandlungsposition der Austerität, d.h. des Abladens der Krisenlasten auf dem Rücken der Bevölkerung
- Als Antwort auf das griechische Referendum über die geforderten „Austeritäts“-maßnahmen, die im Plebiszit abgelehnt wurden, sperrte die EZB die Kreditbürgschaften für griechische Banken, so dass nur noch die mit weiter erhöhten Zinsforderung verbundenen „ELA“-Notfallkredite zur Verfügung standen
- Die Tsipras-Regierung sah sich angesichts des drohenden Finanzkollaps gezwungen, die Bedingungen der „Troika“-Institutionen zu akzeptieren, und damit de facto die Souveränität über den griechischen Staatshaushalt abzugeben. 120 Gesetzesänderungen sind von den „Institutionen“ vorgesehen, Entscheidungen über den Etat liegen nun wesentlich bei EU-Kommissar Verwey, zuständig für „Structural Reform Support“
- Die Arbeitslosigkeit in Griechenland liegt offiziell jetzt bei 28%. Syriza zerfällt (angesichts des zunächst gescheiterten Widerstands) als Partei, 30-40% der Mitglieder sind ausgetreten.
- Extremismus der deutschen Eliten in der Politik gegen Griechenland, dem faktisch ein kolonialer Status aufgezwungen wurde. Zu beobachten ist eine Hierarchisierung der EU-Mitgliedsländer, sowie eine autoritäre Transformation der Entscheidungsprozesse, entlang den in der „Agenda von Lissabon“ etablierten Regeln
- Nachfragen von Zuhörern: Einschätzung des Koalitionspartners ANEL? Abspaltung der Konservativen Partei „Nea Dimokratia“, etwas links von der CSU einzuordnen; nimmt Position gegen Austeritätsprogramm der EU ein
Politik gegen Flüchtlinge: Internierung in Lagern aufgehoben, gegen Vorhaben der EU; schlechte Versorgung der MigrantInnen auf Grund der miserablen Finanz-Lage

Rakowitz (in Stichworten)

- Mit VDÄÄ-Delegationen (unter Beteiligung von IPPNW-Mitgliedern) seit 2012 Besuche in Griechenland, um Auswirkungen der Austeritätsmaßnahmen auf das Gesundheitswesen zu studieren, Öffentlichkeitsarbeit dazu *hier* zu machen, und Solidaritätskontakte herzustellen
- Auswirkungen der Kürzung der öffentlichen Haushalte z.B. auf das Gesundheitswesen: das EU-Memorandum verlangte eine Kürzung der Haushaltsmittel von 10% auf 6% des Staatsetats. Von 180 Krankenhäusern werden 100 geschlossen, ebenso 250 Ambulatorien, von denen bisher nur wenige wieder geöffnet wurden. Labore wurden privatisiert, was die Kosten der Untersuchungen erheblich ansteigen ließ. Im öffentlichen Gesundheits-Bereich wurden 9.000 ÄrztInnen und 26.000 weitere Beschäftigte entlassen. Durchschnittliches Brutto-Einkommen eines Oberarztes bei 60-80 Wochenarbeitsstunden: 1200 €.
- Nach einem Jahr verlieren Arbeitslose ihren Krankenversicherungsschutz; 30% der Bevölkerung haben keine Versicherung. Kommentar des griechischen Gesundheitsministers: es handelt sich um eine „Gesundheitspolitik mit dem Schlachtmesser, nicht mit dem Skalpell“
- Die Suizidrate ist signifikant angestiegen, ebenso die Zahl der Malaria-Fälle sowie die Zahl der HIV-Infektionen bei Drogenabhängigen, wegen der Abschaffung von Präventionsprogrammen.
- Die Säuglingssterblichkeit ist um 43% angestiegen, auf Grund nicht mehr finanzierter Vorsorge
- In Athen sind 44% im Winter ohne Strom und Heizung in ihren Wohnungen, weil sie die Rechnungen nicht bezahlen können
- Als Gegenbewegung haben sich solidarische Arzt-Praxen und (standesrechtlich illegale) Ambulatorien organisiert, in denen Mittellose unentgeltlich behandelt werden, in der Freizeit von ÄrztInnen und HelferInnen.
- Löhne werden massiv gedrückt, das Recht auf Tarifverhandlungen ist durch die EU-„Memoranden“ außer Kraft gesetzt

Diskussion:

weitere Beispiele der Selbsthilfe und Solidarität:

- Vor Ort: Direktvermarktung von Lebensmitteln durch Erzeuger, ohne Zwischenhandel
- Kritik an der hegemonialen Rolle der BRD-Machteliten in der EU stärken

- Grundsätzliche Kritik am Modell der EU-Integration und am Projekt des ökonomischen Neoliberalismus verstärken – Beispiel auch TTIP
- Unterstützung und Zusammenarbeit der regierungsunabhängigen, kritischen Organisationen verstärken
- Angesichts ähnlicher Branchial-Maßnahmen in Portugal, Spanien, Irland und auch Italien: „**Solidarity for all**“